

Demokratie: Eine Herrschaftsform, zum Wert verklärt. ¹

1. *Demokratie* ist die *politische Form der Herrschaft* über die *kapitalistische Gesellschaft*.

Dazu am Anfang zwei Bemerkungen:

- Erstens: ist *Herrschaft* immer ein mit (Rechts-)Gewalt durchgesetzter Gegensatz zum beherrschten Volk, das für die Zwecke der Herrschaft eingesetzt wird. Diese Gewalt ist nötig – hier sogar in der Form eines Gewaltmonopols –, weil die Herrschaft davon ausgeht, dass sich die Bürger mehrheitlich den herrschaftlichen Zwecken im Kap ohne Gehorsam gegenüber der Rechtsgewalt nicht unterwerfen. Ihr Gegensatz zur Herrschaft darf ebenso wenig ausgetragen werden wie die (Klassen-)Gegensätze, die sie untereinander haben.²

- Zweitens: Die Agenda der politischen Herrschaft über eine kapitalistische Gesellschaft hängt nicht an der demokratischen Form; es gibt diverse andere, z.T. auf direkter Unterdrückung basierende Formen der Herrschaft über die kapitalistische Gesellschaft: Autokratie, Diktatur, Monarchie... Mischformen und Übergänge untereinander sind bekannt.³ Was ist also das Besondere an dieser Form politischer Herrschaft, der Demokratie, die hiesige Politiker so sehr schätzen, dass sie ihr politisches Instrument glatt zu einem hohen Wert verklären?

2. Mit der Etablierung von Demokratie verabschiedet sich die Politik von allen Formen der direkten politischen Unterdrückung als Herrschaftsprinzip, wie dies z.B. Diktaturen auszeichnet. In der Demokratie setzt die politische Klasse auf den *freien Bürger* und dessen *freie Willensentscheidung*. Dieser freie Wille des Bürger wird in der Demokratie bekanntlich sehr hochgehalten. Er ist keine Ideologie, sondern ein Stück Wahrheit über die Demokratie⁴. Er gilt sogar als staatliches Schutzobjekt. Warum? Zunächst, weil es der Politik auf die Zustimmung der Bürger zum Regiertwerden ankommt. In der Wahl wird nämlich nichts als freiwillige Zustimmung freier Bürger zu ihrer Herrschaft organisiert. Das ist der Widerspruch der Demokratie; und der löst sich nicht dadurch auf, dass – wie es in theoretischen Traktaten häufig heißt – mit der Demokratie der Gewaltcharakter von Herrschaft überwunden wird. Von wegen: Denn mit der Zustimmung in freier Wahl wird den Bürgern ja gerade nicht die Entscheidung über Inhalte der Politik überlassen. Die politische Form der Herrschaft, die Demokratie, ändert an dem von den Bürgern verlangten Gehorsam gegenüber der Herrschaft mit ihrem Gewaltmonopol gar nichts. Der Gehorsam gegenüber allen gesetzlichen Regelungen der Herrschaft ist der Beteiligung an den Wahlen immer *vorausgesetzt*. Bei der Stimmabgabe stehen weder die Staatsgewalt noch die mit der Rechtsordnung gesicherte kapitalistische Wirtschaftsordnung, also alle lebensbestimmenden und lebenszerstörenden Grundlagen dieser Gesellschaft zur Wahl. Zur freien Wahl steht allein das *Personal der Herrschaft*, das sich dann in den Ministerien, in denen vorab und dauerhaft die Rason der kapitalistischen Gesellschaft fixiert ist, für nationale Erfolge einsetzt.⁵ (Es ist viel dran an dem Spruch: 'Wenn Wahlen etwas ändern würden, wären sie längst verboten!')

Dass sich der Staat in der Wahl die freiwillige Zustimmung der Bürger zur Unterwerfung unter die hoheitliche Gewalt abholt, das klingt absurd und ist es auch: Wer stimmt schon freiwillig seiner Unterwerfung zu, zumal dies für die Mehrheit der Bürger die mehr oder weniger existenziellen *Beschädigungen ihrer materiellen Existenz* einschließt⁶. Das klärt sich auf, wenn man näher betrachtet, wie das demokratische System funktioniert.

3. Dass der Staat bei der Wahl von Regierungen auf den freien Willen der Bürger setzt, ist der Anlass für *das* klassische Fehlurteil über die Demokratie, in ihr sei das Volk der wahre Souverän⁷. So ähnlich steht es zwar im Grundgesetz: „*Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus!*“ (Art 20,2)⁸ Doch wer daran immer noch glaubt, sollte sich fragen, über welche

1 Die nachfolgenden Thesen sind die leicht überarbeitete schriftliche Fassung dessen, was ich in etwa so auf einer Podiumsdiskussion zum Thema „Demokratie und die Linke“ in Berlin vorgetragen und zur Diskussion gestellt habe. Eine ausgearbeitete Kritik an der Demokratie findet sich in: P. Decker (Hrsg.), *Demokratie. Die perfekte Form bürgerlicher Herrschaft*, München, Gegenstandpunkt Verlag, ergänzte Auflage 2024

2 Die Masse der Lohnarbeiter produziert für fremdes Eigentum, kommt also an *ihre eigenen* Arbeitsergebnisse nur ran, wenn sie sie kauft; muss dafür Geld verdienen, was nur geht, wenn sie Privateigentümer durch ihre Arbeit immer reicher macht; weswegen das Verdiente knapp bemessen ist, was bedeutet, dass sie sich ein Leben lang abschuffen muss.

3 Hitler ist über eine demokratische Wahl an die Macht gekommen, Chinas Herrschaft über den Kapitalismus geht mit nur einer Partei...

4 Über den den Gehalt der Freiheit wird noch zu reden sein

5 Ein Durchgang durch Ministerien, um das zu beweisen, kann hier nicht geleistet werden. Der Hinweis, dass deren *prinzipielle* Agenda sich auch mit dem Wechsel der Regierungsparteien nicht ändert, muss hier genügen.

6 Chronische Unzufriedenheit mit der Politik der Gewählten gehört bekanntlich notwendig zum kapitalistischen Wirtschaftssystem dazu. Dauerhafte Klagen über Mieten, Löhne, Renten, Kinderarmut, Inflation, Gesundheitssystem ... sind die Belege.

7 GG Art 38: Abgeordnete nicht an Aufträge und Weisungen gebunden, sondern nur ihrem Gewissen verpflichtet

8 Nicht übersehen solle man dabei die nachfolgende, sehr eindeutige Klarstellung im GG, dass diese vom Volk ausgehende Staatsgewalt „*durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt*“ wird. Warum es „*vollziehende Gewalt*“ gegenüber einem Volk *braucht*, von dem alle

Macht, welche Gewalt das Volk eigentlich verfügt. Es hat keine Macht, die es delegieren könnte. Die Staatsgewalt ist den Wahlen, die sie – wie gleich gezeigt wird – gemäß ihrer Zwecke organisiert, *vorausgesetzt* und wird per Wahl bestätigt. Wer als Wähler in Wahlen immer noch den Weg entdeckt, die zur Einbringung und Durchsetzung eigener politischer Anliegen berechtigen sollte, der möchte zudem die folgenden fünf näheren Klärungen des Wahlbetriebs bedenken.

Zum ersten: Der Staat nimmt sich der *Pflege des Willens* seiner Bürger an. Er wendet sich in seinen Organen mit der Botschaft ans Volk, dass mit demokratischer Politik, die sich auf den Erfolg der Nation verpflichtet, immer auch der Dienst des Staates am Volk verfolgt wird; was schon eine merkwürdige Absicht darstellt, denn Anliegen von Volksteilen mit gegensätzlichen Interessen – Lohnarbeitern und Kapitalisten, Mietern und Vermietern... – können wohl kaum *gleichmaßen* bedient werden. Es ist dem Staat aber viel daran gelegen, dass diese Botschaft, die für ihn das wahre politische Credo der Demokratie darstellt, vom Volk geteilt wird. Ihn treibt weniger die Sorge um, sich mit der demokratischen Wahl in eine kontraproduktive *Abhängigkeit* vom Volkswillen zu begeben, als vielmehr das Interesse, sich auf die *Zustimmung* des Volks zur gewählten Herrschaft berufen zu können.⁹

Er macht sich die Bildung des Volkswillens zur Daueraufgabe: In der Schule, per Öffentlichkeit und besonders vor, während und nach dem Wahlkampf. Ihr Kern ist die *Herausbildung eines patriotischen Standpunktes*: Bürger sollen lernen, die Interessen und Sorgen, die Staat und Kapital ihnen bereiten, vom Standpunkt der staatlicher Politik aus zu betrachten. Sie werden animiert, sich Lösungen für daraus entstehende staatliche Schwierigkeiten auszudenken und sich zu fragen, wie sie dann wohl den Staat, ihren deutschen Staat lenken würden. Und dem leisten sie auch Folge: Mit dem großen „Wir“, der 1. Person Plural, fingieren sich die *Beherrschten* dann ganz selbstverständlich als *Mitherrscher*: „Wir müssen die Reichen höher besteuern!“, „Wir müssen mehr in KITAS investieren!“, „Können wir uns denn noch weiter verschulden?“ usw. So staatsstreu, besser: staatsidealistisch reden dann ausgerechnet Opfer der nationalen demokratischen Politik – wie selbsternannte Wirtschafts-, Sozial- oder Finanzminister.

Warum diese Verkehrung *verfängt*, warum Bürger alle rechtsstaatlichen Imperative, die für wenig erquickliche Lebensbedingungen sorgen, geistig in staatliche Angebote verwandeln, die für sie da sind bzw. da zu sein hätten, lässt sich durchaus klären: Dies funktioniert deswegen, weil sich die Bürger *in dieser* kapitalistischen Gesellschaft ihr Leben *einrichten*. Sie sind lebenslang darum bemüht, in einer für den Erfolg der Nation eingerichteten Ordnung *zurechtzukommen*; in einer Ordnung, von der sie zugleich *alternativlos abhängig* sind. Eine andere Ordnung – auch das lernen sie frühzeitig – wäre ja undemokratisch und ist deswegen hier nicht erlaubt (z.B. KPD-Verbot). Diese herrschenden deutschen Verhältnisse, die *sind* dann *ihre Lebensbedingungen*, an dessen Erfordernisse sie sich gewöhnen. Sie sind dann nicht die staatlich geschaffenen Bedingungen, unter denen sie kapitalistisch in die Pflicht genommen werden, sondern *ihre deutsche Heimat*.

Mein Schluss daraus: Das sogenannte Kernstück der Wahl, die Stimmabgabe der Bürger, käme ohne solch falsches, staatsidealistisches Bewusstsein von der eigenen Lage kaum zustande.

Zum zweiten: Kein Wunder, dass dann erwachsene, vernunftbegabte Menschen, ausgerüstet mit diesem falschen Bewusstsein, am Wahltag das Recht nutzen, *'frei, gleich, geheim'* in einer von vorne bis hinten staatlich geregelten Weise¹⁰, ihre Stimme abzugeben. Der Vorgang hat es in sich: Bei dem gilt nämlich jede Stimme, die ganz *frei* abgegeben, also noch so blödsinnig begründet sein kann, *gleich* jeder anderen. Es kommt der Politik bei dieser Stimmabgabe eben nicht auf Gründe und Interessen der Wähler an, sondern nur auf ihr analphabetisches Kreuz, das allein als die nichtssagende eine Zahl zählt.¹¹ Unterstrichen wird das noch dadurch, dass Wahlzettel, mit Wünschen der Wähler garniert, ungültig sind. Und *geheim* findet der ganze Zirkus auch noch statt, also getrennt von jeder Form gemeinsamer Willensbildung oder kollektiven Beratschlagung. Wahrgenommen wird damit ein „*Recht der Absonderung, ein Recht des beschränkten auf sich beschränkten Individuums*“.¹² So gelingt die vollständige Ausschaltung jeder Bemühung der Bürger, sich gemeinsam über eigene Interessen und deren Durchsetzung klar zu werden. Freiheit ist hier – wie in der Demokratie insgesamt – nichts als *abstrakte* Freiheit, die gewährt wird, aber getrennt von allen Mitteln – hier den politischen –, Interessen durchzusetzen.

Zum dritten kann die Politik deswegen mit den zusammengezählten Kreuzen ganz nach ihren Interessen verfahren. Dabei kombiniert sie die zusammengezählten Wahlkreuze so, dass für jeweils vier Jahre eine stabile Regierung¹³ gebildet

„*Staatsgewalt ausgeht*“, erfährt man nicht.

9 Daraus ergibt sich das Interesse an möglichst hoher Wahlbeteiligung. Aber abhängig wird von ihr auch nichts gemacht.

10 Wann, wie oft, wer darf, wer nicht, wer steht zur Wahl, 5%-Klausel, Parteiverbot (K.Kühnert klagte nach der EU-Wahl 2024, dass das Fehlen der 5%-Klausel ein Fehler sei.)

11 So etwas wusste 1843 schon Th. Carlyle: „*Die Vorstellung, dass jemandes Freiheit darin besteht, seine Stimme bei der Wahl zu geben und zu sagen: Siehe, ich auch habe jetzt mein Zwanzigtausendstel eines Sprechers in unserer Nationalschwanzanstalt, werden mir nicht alle Götter günstig sein? - Diese Vorstellung ist eine der spaßhaftesten in der Welt.*“ (zit. nach Engels, in: MEW 1, S.536)

12 K. Marx, Judenfrage, MEW 1, S.364

13 Stabil heißt: Stabile Mehrheit und keine Störung durch „extremistische Kräfte“ im Parlament.

wird (alle Parteien sind heute bekanntlich wechselseitig koalitionsfähig). Sie verfährt dabei gänzlich unabhängig von Wünschen der Wähler, kann z.B. FDP mit Grün oder SPD mit CDU kombinieren, auch wenn sich Wähler mit ihrem singulären Kreuz gerade dagegen entschieden haben. Wenn Wähler, darüber enttäuscht, dann an das Mehrheitsprinzip erinnert werden, also daran, dass sich eine Minderheit doch dem Votum der Mehrheit der Wähler für vier Jahre zu beugen hat, dann ist das eine freche Lüge. Denn die zustande gekommenen Mehrheiten hängen allein davon ab, wie die um Machtbeteiligung konkurrierenden Regierungskonstrukteure Mehrheiten bilden. Auch dies ist nicht das Werk der Wähler.

Viertens gelten im übrigen die Beschlüsse der gewählten Regierung nicht nur für alle Wähler – egal ob sie ihre Stimme bei der Regierungsmehrheit oder bei der Opposition wiederfinden -, sondern ebenso für alle Nichtwähler wie auch für alle Nichtwahlberechtigten. Und es kommt - merkwürdigerweise - von denen keiner auf den Gedanken, dass neue Ge- und Verbote der Regierung nach der Wahl ihnen *nicht* gelten würden. Das belegt einmal mehr, dass nichts als der Gesetzesgehorsam aller Bürger - egal ob sie zur Wahl gehen oder nicht, egal ob sie wahlberechtigt sind oder nicht - die entscheidende Grundlage ist, auf der die demokratische Herrschaft basiert. Regelmäßig produziert das von der Wahl enttäuschte Bürger: 'Die da oben machen ja doch nur, was sie wollen!' Und ebenso regelmäßig gehen sie dann doch zur Wahl – wenigstens um 'Denkzettel' loszuwerden. Warum? Weil man ja hier *darf*, was woanders *verboten* ist. Hübscher Grund!

Und *fünftens* birgt die Demokratie auch noch ein *Ventil*, über das Bürger ihre *Unzufriedenheit* mit dem Wahlergebnis und der Politik der gewählten Regierung ablassen können. Dem unzufriedenen Bürger wird von der Politik nicht nur beschieden, dass er in vier Jahren auf seinem Wahlzettel erneut eine Partei seiner Wahl ankreuzen darf, er darf auch eine eigene Partei gründen. Und: Er *darf* sogar seine Kritik und Enttäuschung zwischen den Wahlgängen äußern! *Äußern*, allein das darf er und nicht mehr! Dafür sind zwei beliebte Freiheiten da: Diese Freiheiten, die *Meinungs- und Versammlungsfreiheit* sind nämlich – wie alle Freiheiten hierzulande – *staatliche gewährte* Freiheiten und deswegen nach Art der Nutzung sowie nach ihrem Gehalt staatlich so reglementiert, dass die Äußerung der Enttäuschung und Kritik der Bürger, die diese Freiheiten nutzen, in zugelassenen Bahnen verläuft. Was zur Zeit gerade an den Protesten gegen Ukraine- und Nahost-Krieg abzulesen ist: Es wird von der Politik zur Zeit wieder mal neu die Frage, gestellt, wie viel Meinungsfreiheit das Land verträgt und wie viel deswegen erlaubt ist und was verboten werden sollte.¹⁴

4. Politiker setzen auf die Erfolge der eingerichteten Demokratie – dieses „*Freiheitsstalls*“ (Heine) –, als Voraussetzung für ihre Politik. Hierzulande sind sie sich dieser Erfolge bei der Emanzipation der staatlichen Politik vom regierten Volk immerhin so sicher, dass sie – wie jüngst bei der EU-Wahl 2024 - die Bürger sogar dazu aufrufen können, mit richtiger Stimmabgabe *die Demokratie*, also ihr politisches Instrument, zu *schützen*. Der von ihnen hochgehaltene Dienst der Demokratie an den Bürgern erweist sich damit als Dienst der Bürger an der demokratischen Herrschaft über sie. Regierungen verschaffen sich auf diese Weise die freie Verfügung über alle vorhandenen Instrumente der Politik, setzen das – über die kapitalistischen Sachzwänge integrierte – Volk im Frieden und im Krieg für ihre Zwecke ein und üben damit ihre Herrschaft so frei aus, dass sie aktuell sogar eine Weltkriegsbeteiligung, eine 'Zeitenwende' und die „kriegstüchtige“ Umgestaltung der Gesellschaft fast ungestört beschließen und umsetzen können.

14 Eine Säuberung auch der Unis beginnt bereits. Und dagegen fällt den Betroffenen wieder nichts anderes ein, als die Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit – nach ihren idealistischen Vorstellungen – einzufordern, statt sich anhand der Übergriffe klarzumachen, wozu diese Freiheiten in der Demokratie taugen!